

Die gezielt ausgewählten Auszüge aus diesem bereits am 29. Januar erschienenen FAZ-Beitrag machen deutlich, wie abstrus die von den Medien immer wieder in die Welt gesetzte Behauptung von der angeblichen "Sozialdemokratisierung der Union" unter Merkel ist. Von einer "Sozialdemokratisierung der Union" ließe sich nur sprechen, wenn man die neoliberalen Arbeitsmarkt-"Reformen" von Schröder, Müntefering, Clement und Gerster, als "sozialdemokratisch" bezeichnen würde. Schröder hatte im Jahre 2005 vor dem Davoser Weltwirtschaftsforum erklärt: "Wir haben einen der besten Niedriglohnsektoren aufgebaut, den es in Europa gibt." Die statistisch geschönten und frisierten offiziellen Arbeitslosendaten werden heute von nahezu allen Mainstreammedien als Rechtfertigung für den angeblichen "Erfolg" der rot-grünen "Agenda"-Politik ins Feld geführt.

Die "Kollateralschäden" der neoliberalen "Reform"-Politik werden von diesen Medien kleingeredet oder gar nicht erst erwähnt: Die wachsende Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen, die enorme Armutsgefährdung von Arbeitslosen in Deutschland (diese liegt bei 75%, im EU-Durchschnitt beträgt die Armutsgefährdung lediglich 45%), die Verschlechterung der Qualität der Arbeitsplätze (auch bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung). Die neoliberale "Reform"-Politik ist zudem wegen des von ihr zu verantwortenden Lohn-, Sozial- und Unternehmenssteuerdumping und der darauf basierenden deutschen Exportmanie maßgeblich mitverantwortlich für die ökonomischen Schief lagen innerhalb Europas.

Heiner Flassbeck beschreibt in seinem kürzlich erschienenen Buch "Zehn Mythen der Krise" (Seite 20-21) treffend den ökonomischen Irrsinn und auch die Dreistigkeit, die sich hinter Merkels Drohungen an die Adresse der übrigen europäischen Staaten verbergen:

"Während also die gewählten Volksvertreter den staatlichen Institutionen den Schwarzen Peter zuschieben, bleiben alle anderen Regelungen zur Bändigung der Finanzmärkte oder zur Behebung wirtschaftspolitischer Schwachpunkte vage. So bildet beispielsweise die deutsche Forderung nach einer in der Verfassung verankerten "Schuldenbremse" für alle Länder der Eurozone den Höhepunkt dieser Verdrängungsstrategie.

Was diejenigen, die solch einfachen Mustern - aus welchen Gründen auch immer - folgen, jedoch bei Weitem unterschätzen, sind die systematischen Wirkungen, die ihr undifferenziertes, allein gegen den Staat gerichtetes Handeln zeitigt. Es ist keine Übertreibung zu sagen: Sie zerstören die Grundlage für eine funktionierende Marktwirtschaft. Nehmen wir ein einfaches Beispiel: Der gute deutsche Haushaltspolitiker sorgt für die Zukunft vor, indem er spart und den Gürtel enger schnallt, wenn es einmal schlecht läuft. Er wird unterstützt von vielen, die fest daran glauben, daß buchstäblich jeder seine Ausgaben und Einnahmen ausbalancieren muß. Das ist aber sogar im Lichte der herrschenden ökonomischen Lehre falsch. Wenn in einer Wirtschaft investiert werden soll - und in welcher sollte nicht investiert werden?-, würde selbst diese Lehre sagen, man müsse unbalanciert vorgehen, einer müsse also sparen, sprich weniger ausgeben als einnehmen, und ein anderer müsse sich verschulden, um zu investieren.

Suggeriert man den Bürgern jedoch, daß sie zwar sparen dürfen, die anderen aber gleichwohl ihre Einnahmen und Ausgaben ausgleichen sollen, dann ist dies gefährlicher Unsinn, weil man damit ein Rezept verordnet, das zwingend darauf hinausläuft, daß die Wirtschaft in einer schweren Rezession und einer immerwährenden Schrumpfung versinkt. Genau diese Botschaft von den bösen Schulden und dem guten Sparen aber wird Abend für Abend verbreitet - angefangen beim Börsenexperten vor der ersten Nachrichtensendung, über die Ancormen der Nachrichtenmagazine bis in die letzte Talkshow. Der Bürger, der sich gerne informieren möchte, wird mit einem schrecklichen Gebräu aus wirtschaftlichem Halbwissen und ideologisch vorgekochter Brühe übergossen, dem er niemals entkommen kann. Jeder, der versucht, mit ein wenig Rationalität dagegenzuhalten, gibt schnell auf oder passt sich an, weil man nur so in die Talkshows eingeladen wird, die die Verkäufe der eigenen Bücher und die Honorare für Vorträge wie nichts anderes hochschnellen lassen.

Wenn es in einer Volkswirtschaft allerdings ohne Schulden nicht geht, weil irgendjemand immer spart, kann man auch den Staat nicht einfach via Schuldenbremse aus der Verantwortung nehmen. Wenn der Staat sich nicht verschuldet, die privaten Haushalte aber sparen, muss man eine Wirtschaftspolitik betreiben, bei der die Unternehmen gezwungen sind, sich zu verschulden und in Sachanlagen zu investieren. Die deutsche Wirtschaftspolitik ist jedoch genau auf das Gegenteil ausgerichtet: Sie fördert die Unternehmen bei jeder Gelegenheit mit Hilfe der Steuerpolitik massiv und verschafft ihnen Gewinne, die nicht erst am Markt über mühsame Sachinvestitionen verdient werden müssen. Da die Lohnpolitik (der autonomen Tarifpartner, aber unter erheblichem politischem Druck) in den letzten fünfzehn Jahren durch massive Lohnzurückhaltung versucht hat, den Unternehmen besonders hohe Profite zuzuschancen, hat sich Deutschland in die nur absurd zu nennende Lage manövriert, daß auch die Unternehmen als Gruppe sparen, also höhere Gewinne machen, als sie investieren. Sie sind damit nicht mehr, wie noch zu Zeiten des deutschen Wirtschaftswunders, der wichtigste Gegenpart zum privaten Sparen.

All dies wäre noch hinzunehmen, wenn der Allgemeinheit oder wenigstens der Politik bewußt wäre, daß in dieser Lage logischerweise nur noch ausländische Unternehmen und Konsumenten dafür sorgen können, daß deutsche Sparwünsche nicht sofort in die Rezession führen. Doch weit gefehlt. Gerade weil das Ausland in hohem Maße verschuldet ist und die Grenzen seiner Verschuldungsfähigkeit erreicht hat, wird es von Deutschland beschimpft und bei der Kreditvergabe, die das deutsche Modell am Leben erhält, mit Bedingungen überzogen, die in vielen Ländern neue Armut und früher oder später einen Aufstand der Massen provozieren werden."